



Streit um Personenverkehr und Arbeitslosenzahl

Wie wird sich die Personenfreizügigkeit auf die Zahl der Arbeitslosen auswirken? Der Bund ist optimistisch – obwohl Erfahrungen einer Krise fehlen. Für die SVP ist das Propaganda.

Von **Philipp Mäder, Bern**

Es sind die wichtigsten Fragen im wichtigsten Abstimmungskampf des kommenden Jahres: Werden in der Krise wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU noch mehr Menschen ihre Arbeit verlieren? Und wie stark wird die bereits verschuldete Arbeitslosenversicherung darunter leiden?

Für die Gegner der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien ist die Antwort klar. Sie warnen in Inseraten vor «Arbeitsplatzverlust» und «Plünderung der Arbeitslosenkasse», falls die Stimmbürger am 8. Februar Ja sagen. «Die Arbeitslosigkeit wird ansteigen, weil statt Schweizern Rumänen und Bulgaren angestellt werden», warnt die SVP.

Viel optimistischer tönt es im Abstimmungsbüchlein des Bundesrates:

Auch in schwachen Konjunkturphasen ist nicht mit einem übermässigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Einerseits werden weniger Personen zuwandern. Andererseits sind die Arbeitskräfte aus der EU mehrheitlich gut qualifiziert, jung und mobil. Wenn sie die Stelle verlieren, sind sie eher bereit, die Schweiz für einen neuen Arbeitsplatz wieder zu verlassen.

Stimmt das wirklich? Mehrere Faktoren lassen Zweifel daran aufkommen, ob sich die Arbeitslosen so leicht exportieren lassen, wie das früher bei den Saisoniers möglich war:

■ In der Hochkonjunktur ist die Zahl der Arbeitslosen weniger stark zurückgegangen, als dies ohne Personenfreizügigkeit der Fall gewesen wäre. Zu diesem Schluss kommt Peter Stalder von der Forschungsabteilung der Schweizerischen Nationalbank in einer Publikation des Bundes: «Die

Personenfreizügigkeit hat den Rückgang der Arbeitslosigkeit gebremst.» Stalder spricht deshalb von «aus Sicht der inländischen Arbeitnehmenden negativen Folgen der Personenfreizügigkeit».

■ Die Arbeitslosenzahlen steigen seit Beginn der Wirtschaftskrise zügig an – und zwar bei den Ausländern aus der EU stärker als bei den Schweizern. Das zeigen Zahlen aus dem Kanton Zürich (siehe Grafik). Dennoch argumentiert der Bund:

«Die Arbeitslosenquote der EU-15-Angehörigen ist nur halb so gross wie die der Drittstaatenangehörigen.» Allerdings erwähnt er nicht, dass die Arbeitslosenquote der EU-Bürger praktisch doppelt so hoch wie jene der Schweizer ist. Und der Bund muss sich bei der Aufschlüsselung nach Nationalitäten auf Zahlen stützen, die bereits ein Jahr alt sind und damit aus der Hochkonjunktur stammen. Neuere Statistiken, welche auch die Krise abbilden, gibt es laut Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) nicht.

■ Eine Expertengruppe des Bundes geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Wirtschaftskrise von 2,6 Prozent im laufenden Jahr auf 4,3 Prozent im Jahr 2010

Niemand weiss, ob
arbeitslose
Ausländer die
Schweiz verlassen.

steigen wird. Und Stalder von der Nationalbank kommt zum Schluss: «Über die langfristigen Folgen der Arbeitsmarktöffnung, die auch das Verhalten in konjunkturellen Schwächephasen einschliessen, kann derzeit nur spekuliert werden.» Das hält den Bund aber nicht davon ab, in den Abstimmungsunterlagen zur Personenfreizügigkeit davon auszugehen, dass EU-Bürger die Schweiz wieder

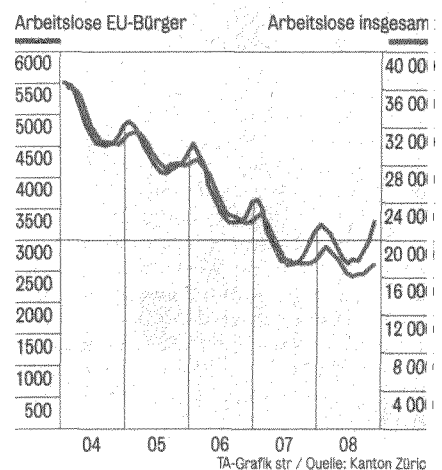
verlassen, wenn sie arbeitslos werden. Auf Nachfrage verweist man beim Integrationsbüro des Bundes auf eine aktuelle Studie der EU. Diese

kommt zum Schluss: «Der Wirtschaftsabschwung in einigen Ländern hat bereits zu einem deutlichen Rückgang an Neuzuzügen geführt, während gleichzeitig ein Anstieg der Rückkehrströme zu verzeichnen war.»

«Das ist Abstimmungspropaganda»

Dennoch: Für die Gegner der Personenfreizügigkeit ist klar, dass der Bund falsch informiert: «Was das Staatssekretariat für Wirtschaft publiziert, ist Abstimmungspropaganda», sagt SVP-Nationalrat Lukas Reimann. «Ich würde mir wünschen, dass der Bund der Bevölkerung reinen Wein einschenkt.» Beim Integrationsbüro hingegen weist man die Vorwürfe zurück: «Wir stützen unsere Aussagen auf die vorliegenden Erfahrungen», meint Sprecher Adrian Sollberger. So habe die EU bereits über mehrere Konjunkturzyklen Erfahrungen mit der Freizügigkeit gesammelt. Wer am Schluss Recht behält – der Bund oder die SVP – wird man wohl erst sehen, wenn die Abstimmung längst vorbei ist.

Arbeitslose im Kanton Zürich



Bei AHV und IV sehen die Prognosen besser aus

Bern. – Die SVP behauptet, nicht nur die Arbeitslosenkasse werde unter der Personenfreizügigkeit leiden, sondern auch

die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und die Invalidenversicherung (IV). «Der Missbrauch der Sozial-

werke und die Sozialimmigration führen langfristig zwingend zu einem massiven Abbau unseres Sozialstaates.»



So habe jeder Ausländer, der mit der Personenfreizügigkeit in die Schweiz komme, nach einem Jahr Arbeit Anspruch auf eine AHV-Rente. Das Gleiche gelte für die IV. Das stimmt. Doch die SVP verschweigt, dass sowohl bei der

AHV wie bei der IV die Höhe der Rente davon abhängt, wie lange jemand in der Schweiz gearbeitet hat. Sind es nur ein paar Jahre, fallen AHV- oder IV-Rente entsprechend klein aus. Bei der AHV kommt dazu, dass viele der Einwanderer

aus der EU, die in den letzten Jahren kamen, gut qualifiziert sind und entsprechend viel verdienen.

Davon profitiert die AHV. Denn während die AHV-Beiträge auf den ganzen Lohn bezahlt werden müssen, ist die maximale AHV-Rente beschränkt. Gutverdienende subventionieren die AHV also. Durchzogener sieht die Lage bei der IV

aus. Mit der Personenfreizügigkeit kamen hauptsächlich Deutsche, Portugiesen und Franzosen in die Schweiz. Wäh-

rend die Deutschen und die Franzosen laut Statistik deutlich weniger oft IV-Bezüger werden als die Schweizer, ist dieser Wert bei den Portugiesen deutlich höher. So wurden letztes Jahr 0,34 Prozent der Schweizer IV-Rentner. Bei den Portugiesen waren es hingegen 0,42 Prozent.

Allerdings werden diese noch immer viel weniger häufig IV-Rentner als die Leute aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder der Türkei. (mäd)